

BR/GT I/44 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 20. Mai 1970
BR/GT I/44/70

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf einer Ausführungsordnung
zum Übereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

in synoptischer Darstellung mit

dem Vorentwurf einer Ausführungsordnung zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" (unveröffentlichtes Arbeitsdokument 4419/IV/63 vom 20. Januar 1964).

Vorbemerkung

1. Die nachstehenden Vorschläge lehnen sich eng an die Vorschriften des Vorentwurfs einer Ausführungsordnung zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht an, der von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" ausgearbeitet worden ist (unveröffentlichtes Arbeitsdokument 4419/IV/63 vom 20. Januar 1964).
2. Wie in dem erwähnten Vorentwurf der Ausführungsordnung erfolgt die Bezeichnung der nachstehenden Artikelvorschläge unter Bezugnahme auf die Artikel des Ersten Vorentwurfs des Übereinkommens, deren Anwendung sie im einzelnen regeln. Daher entspricht die Reihenfolge dieser Vorschläge derjenigen der Artikel des Übereinkommens und ist nur vorläufig.
3. Die Vorschläge erscheinen auf den rechten Seiten dieses Dokuments und beziehen sich auf die entsprechenden Vorschriften des Vorentwurfs einer Ausführungsordnung von 1964, die auf den entsprechenden linken Seiten wiedergegeben sind, sofern es sich nicht um völlig neue Vorschläge handelt.
4. Die Frage, ob einzelne der nachstehenden Vorschläge in das Übereinkommen aufgenommen werden sollen, sollte entsprechend den im Laufe der Arbeiten der Arbeitsgruppe I getroffenen Vereinbarungen später geprüft werden.

ERLÄUTERUNGEN

Abkommensvorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

Abkommensvorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65 der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Erster Vorentwurf

bedeutet: Erster Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, veröffentlicht im Jahre 1970 auf Grund eines Beschlusses der Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens.

Berichte

bedeutet: Berichte der Delegationen der Arbeitsgruppe I über die Vorschriften des Ersten Vorentwurfs, vorgetragen auf der 2. Tagung der Regierungskonferenz vom 13.-16. Januar 1970 und veröffentlicht im Jahre 1970.

2. Tagungsbericht

bedeutet: Bericht über die 2. Tagung der Regierungskonferenz (unveröffentlichtes Arbeitsdokument BR/26/70 vom 30. Januar 1970).

Vorentwurf von 1964

bedeutet: Vorentwurf einer Ausführungsordnung zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" (unveröffentlichtes Arbeitsdokument 4419/IV/63 vom 20. Januar 1964).

+ auf der rechten Seite

bedeutet, daß der Text der linken Seite unverändert übernommen worden ist. Statt "Abkommen" ist im Vorschlag "Übereinkommen" zu lesen.

--- unter dem Text auf der linken Seite

bedeutet, daß der unterstrichene Text auf der rechten Seite entfällt.

— unter dem Text auf der rechten Seite

bedeutet, daß der unterstrichene Text gegenüber dem Vorentwurf von 1964 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

Zu Artikel 1

Nummer 1 (neu)

Patentklassifikation für das Europäische Patentamt

Vorschlag

Die Patentklassifikation, die vom Europäischen Patentamt benutzt wird, ist die in Artikel 1 der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 vorgesehene "Internationale Klassifikation".

Bemerkungen:

1. Diese Vorschrift war früher in Artikel 62 der Abkommensvorentwürfe von 1962/1965 enthalten. Die Konferenz hat beschlossen, diese Bestimmung in die Ausführungsordnung aufzunehmen: vgl. Fußnote 1 zu Kapitel IV, vor Artikel 59 (früher Artikel 60) des Ersten Vorentwurfs; Berichte Nr. 67).
2. Diese Vorschrift ist dem Artikel 1 des Ersten Vorentwurfs nur vorläufig zugeordnet worden.

Offenbarung der Erfindung auf einer internationalen Ausstellung

Vorschlag

(1) Das Recht des Ausstellers gemäß Artikel 12 Buchstabe b des Übereinkommens muß zum Zeitpunkt der Einreichung der Patentanmeldung geltend gemacht und nachgewiesen werden; anderenfalls verfällt es.

(2) Der Nachweis des Rechts des Ausstellers erfolgt durch eine Bescheinigung, die während der Ausstellung von der Behörde erteilt wird, die für den Schutz des gewerblichen Eigentums auf dieser Ausstellung zuständig ist, und in der bestätigt wird, daß die Erfindung dort tatsächlich ausgestellt worden ist. Der Bescheinigung muß eine Beschreibung der Erfindung beigelegt sein, die mit einem Beglaubigungsvermerk der vorstehend genannten Behörde versehen ist.

Zu Artikel 16

Nummer 1

Aussetzung des Verfahrens zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1964

(1) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß eine Klage aufgrund des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens erhoben worden ist, so setzt das Europäische Patentamt das Verfahren zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents aus, es sei denn, daß derjenige, der die Klage erhoben hat, der Fortsetzung des Verfahrens zustimmt. Die Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Das Verfahren zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents wird mit dem im europäischen Patentregister eingetragenen Patentinhaber fortgesetzt, wenn dem Europäischen Patentamt nachgewiesen wird, daß eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist. Ist die Entscheidung jedoch zugunsten desjenigen ergangen, der die Klage erhoben hat, so wird das Verfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt, die nicht kürzer sein darf als die in Artikel 16 Absatz 3 des Abkommens genannte Frist.

Aussetzung des Erteilungsverfahrens

Vorschlag

(1) Ist ein Prüfungsantrag gemäß Artikel 88 des Übereinkommens gestellt und wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß ein Verfahren eingeleitet worden ist, in dem festgestellt werden soll, daß das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so setzt das Europäische Patentamt das Erteilungsverfahren aus, es sei denn, daß derjenige, der das Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eingeleitet hat, der Fortsetzung des Erteilungsverfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß in dem Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, so wird das Erteilungsverfahren mit demjenigen fortgesetzt, zu dessen Gunsten die Entscheidung ergangen ist. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Erteilungsverfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt, die nicht kürzer sein darf als die in Artikel 16 Satz 1 des Übereinkommens genannte Frist.

Bemerkungen:

1. Es sollte geprüft werden, ob nach dem Recht der an der Regierungskonferenz beteiligten Staaten das in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 Satz 2 genannte Verfahren ein Verwaltungsverfahren sein kann (vgl. in den Berichten Nr. 30 Absatz 1: "oder einer zuständigen Behörde"). Sollte dies zu verneinen sein, so könnte die Bezeichnung "Einleitung eines Verfahrens" durch "Erhebung einer Klage" ersetzt werden.
2. Eine diesem Artikel ähnliche Bestimmung müßte für den Fall getroffen werden, daß ein Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eingeleitet wird oder eine Entscheidung ergeht, solange die Einspruchsfrist läuft oder die Prüfung des Einspruchs vom Europäischen Patentamt noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist (Berichte Nr. 30 Absatz 2). Die Ausarbeitung einer derartigen Bestimmung setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs voraus.

Beschränkung der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung
und des Verzichts auf das vorläufige europäische Patent

Vorentwurf von 1964

Vom Zeitpunkt des Eingangs des Nachweises beim Europäischen Patentamt, daß eine Klage aufgrund des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens erhoben worden ist, bis zum Ablauf der in Absatz 3 des Abkommens genannten Frist kann die europäische Patentanmeldung nicht zurückgenommen und auf das vorläufige europäische Patent nicht verzichtet werden, es sei denn, daß derjenige, der die Klage erhoben hat, zustimmt.

Beschränkung der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung

Vorschlag

Vom Zeitpunkt des Eingangs des Nachweises beim Europäischen Patentamt, daß ein Verfahren gemäß Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 16) eingeleitet worden ist, bis zum Ablauf der in Artikel 16 Satz 1 des Übereinkommens genannten Frist kann die europäische Patentanmeldung nicht zurückgenommen werden, es sei denn, daß derjenige, der das genannte Verfahren eingeleitet hat, zustimmt.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung 2 zu Nummer 1 zu Artikel 16.

Zu Artikel 17

Nummer 1

Erfindernennung

Vorentwurf von 1964

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents genannt werden. Die Nennung des Erfinders kann auch nach dem Erlöschen des Patents vorgenommen werden.

(2) Die Erfindernennung ist schriftlich und gesondert einzureichen. Sie muß den Namen, die Vornamen und die vollständige Anschrift des Erfinders enthalten.

(3) Die Richtigkeit der Erfindernennung wird vom Europäischen Patentamt nicht geprüft.

Zu Artikel 17

Nummer 1

Erfindernennung

Vorschlag

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder des europäischen Patents genannt werden. Die Nennung des Erfinders kann jederzeit bis zur Zahlung der in Artikel 97 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Gebühren vorgenommen werden.

(2) +

(3) +

Bemerkungen:

1. Artikel 17 des Ersten Vorentwurfs sieht einen Anspruch auf Erfindernennung nur gegenüber dem Anmelder, entgegen den Abkommensvorentwürfen von 1962/65 aber nicht gegenüber dem Inhaber des europäischen Patents vor.
2. Es sollte geprüft werden, ob der Erfinder dem Europäischen Patentamt auch noch genannt werden kann, solange die Einspruchsfrist läuft oder die Prüfung des Einspruchs vom Europäischen Patentamt noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Ausarbeitung einer derartigen Bestimmung setzt eine Änderung des Artikels 17 des Ersten Vorentwurfs voraus.

Zu Artikel 17

Nummer 2

Bekanntgabe der Erfindernennung

Vorentwurf von 1964

(1) Die als Erfinder genannte Person wird vorbehaltlich der Vorschriften der Absätze 2 bis 4 dieses Artikels im europäischen Patentregister, in der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents und der Bekanntmachung der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent sowie auf den europäischen Patentschriften als Erfinder vermerkt.

(2) Wird die Erfindernennung zu einem Zeitpunkt eingereicht, zu dem es nicht mehr möglich ist, die Vorschriften des Absatzes 1 in vollem Umfang anzuwenden, so wird der Erfinder im Europäischen Patentblatt bekanntgegeben und, sofern der Patentinhaber dies beantragt, auf den noch nicht ausgegebenen Patentschriften vermerkt. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(3) Legt ein Dritter dem Europäischen Patentamt ein rechtskräftiges Urteil vor, aus dem hervorgeht, daß der Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu nennen, so finden die Vorschriften der Absätze 1 und 2 entsprechende Anwendung. Jedoch kann im Falle des Absatzes 2 auch der Dritte beantragen, auf den noch nicht ausgegebenen Patentschriften vermerkt zu werden.

Zu Artikel 17

Nummer 2

Bekanntgabe der ErfindernennungVorschlag

(1) Die als Erfinder genannte Person wird vorbehaltlich der Vorschriften der Absätze 2 bis 4 dieses Artikels im europäischen Patentregister, in der Bekanntmachung des Hinweises auf die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung und der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents sowie auf den Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung und den europäischen Patentschriften als Erfinder vermerkt.

(2) Wird die Erfindernennung zu einem Zeitpunkt eingereicht, zu dem es nicht mehr möglich ist, die Vorschriften des Absatzes 1 in vollem Umfang anzuwenden, so wird der Erfinder im Europäischen Patentblatt bekanntgegeben und, sofern der Anmelder des europäischen Patents dies beantragt, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung vermerkt. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(3) Legt ein Dritter dem Europäischen Patentamt ein rechtskräftiges Urteil vor, aus dem hervorgeht, daß der Anmelder des europäischen Patents verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu nennen, so sind die Vorschriften der Absätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden. Jedoch kann im Falle des Absatzes 2 auch der Dritte beantragen, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung vermerkt zu werden.

Bemerkungen:

1. Artikel 98 Absatz 1 des Ersten Vorentwurfs bestimmt, daß das Europäische Patentamt eine Patentschrift für das europäische Patent herausgibt, während Artikel 85 des Ersten Vorentwurfs die Form, in der die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung erfolgt, nicht bezeichnet. Trotzdem ist in Absatz 1 des vorliegenden Artikels von einem Vermerk "auf den Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung" die Rede. Es sollte daher geprüft werden, ob diese Bezeichnung mit der Form, in der die europäischen Patentanmeldungen veröffentlicht werden sollen, im Einklang steht und bejahendenfalls, ob Artikel 85 des Ersten Vorentwurfs geändert werden sollte.

2. Es sollte geprüft werden, ob in Absatz 3 dieses Artikels der Ausdruck "rechtskräftiges Urteil" aus denselben Gründen wie in Absatz 2 der Nummer 1 zu Artikel 16 in "rechtskräftige Entscheidung" geändert werden sollte.

Zu Artikel 17, Nummer 2 (Blatt 2)

Vorentwurf von 1964

(4) Verzichtet der vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents genannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Maßnahmen.

Zu Artikel 17, Nummer 2 (Blatt 2)

Vorschlag

(4) Verzichtet der vom Anmelder des europäischen Patents genannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Maßnahmen.

Zu Artikel 17

Nummer 3

Berichtigung oder Widerruf der Erfindernennung

Vorentwurf von 1964

(1) Eine unrichtige Erfindernennung kann nur auf Antrag berichtigt oder widerrufen werden; mit dem Antrag ist die Zustimmung des zu Unrecht als Erfinder Genannten und, wenn der Antrag nicht vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents eingereicht wird, dessen Zustimmung vorzulegen. Fehlt eine solche Zustimmung, so kann der Antragsteller ein rechtskräftiges Urteil vorlegen. Der Antrag auf Berichtigung oder Widerruf gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(2) Ist eine unrichtige Erfindernennung im europäischen Patentregister vermerkt oder im Europäischen Patentblatt veröffentlicht, so wird diese Eintragung oder diese Veröffentlichung berichtigt. Die unrichtige Erfindernennung wird auf den noch nicht ausgegebenen Patentschriften berichtigt. Diese Vorschrift findet auf den Widerruf einer unrichtigen Erfindernennung entsprechende Anwendung.

Berichtigung oder Widerruf der Erfindernennung

Vorschlag

(1) Eine unrichtige Erfindernennung kann nur auf Antrag berichtigt oder widerrufen werden; mit dem Antrag ist die Zustimmung des zu Unrecht als Erfinder Genannten und, wenn der Antrag nicht vom Anmelder eingereicht wird, dessen Zustimmung vorzulegen. Fehlt eine solche Zustimmung, so kann der Antragsteller ein rechtskräftiges Urteil vorlegen. Der Antrag auf Berichtigung oder Widerruf gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Übereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(2) Ist eine unrichtige Erfindernennung im europäischen Patentregister vermerkt oder im Europäischen Patentblatt veröffentlicht, so wird diese Eintragung oder diese Veröffentlichung berichtigt. Die unrichtige Erfindernennung wird auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung berichtigt. Diese Vorschrift ist auf den Widerruf einer unrichtigen Erfindernennung entsprechend anzuwenden.

Bemerkungen:

1. Es stellt sich die Frage, ob die in Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Gebühr gerechtfertigt ist, denn der Antrag auf Erfindernennung ist nicht gebührenpflichtig.
2. Wegen des in diesem Artikel verwendeten Ausdrucks "rechtskräftiges Urteil" siehe Bemerkung 2 der Nummer 2 zu Artikel 17.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Erfindernennung

Vorentwurf von 1964

Für die Anträge auf Erfindernennung und auf Berichtigung oder Widerruf einer falschen Erfindernennung sind bis zur Veröffentlichung des vorläufigen europäischen Patents die Prüfungsstellen zuständig. Während des Verfahrens zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents sind für diese Anträge die Prüfungsabteilungen zuständig, im übrigen die Patentverwaltungsabteilungen.

Zu Artikel 17

Nummer 4

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Erfindernennung

Vorschlag

Für die Anträge auf Erfindernennung und auf Berichtigung oder Widerruf einer falschen Erfindernennung sind die Prüfungsstellen bis zu dem Zeitpunkt zuständig, zu dem ein Prüfungsantrag gemäß Artikel 88 des Übereinkommens gestellt und der Bericht über den Stand der Technik beim Europäischen Patentamt eingegangen ist. Danach sind die Prüfungsabteilungen zuständig.

Bemerkung:

Vgl. Artikel 54 des Ersten Vorentwurfs.

Zu Artikel 24

Nummer 1

Europäische Zusatzpatentanmeldung

Vorentwurf von 1964

Eine europäische Patentanmeldung, die nicht im Zeitpunkt ihrer Einreichung als Zusatzpatentanmeldung bezeichnet worden ist, kann nicht in eine europäische Zusatzpatentanmeldung umgewandelt werden.

Zu Artikel 21
(früher Artikel 24)

Nummer 1

Umwandlung einer Anmeldung des Hauptpatents in eine
europäische Zusatzpatentanmeldung

Vorschlag

+

Zu Artikel 24

Nummer 2

Zuordnung eines Zusatzpatents zum Hauptpatent

Vorentwurf von 1964

Ein europäisches Zusatzpatent kann nur einem einzigen europäischen Hauptpatent zugeordnet werden; es kann nicht einem Zusatzpatent zugeordnet werden.

Zu Artikel 21
(früher Artikel 24)

Nummer 2

Zuordnung eines europäischen Zusatzpatents zum Hauptpatent

Vorschlag

+

Erteilung eines Zusatzpatents, wenn das Hauptpatent auf verschiedene
Inhaber in verschiedenen Staaten übertragen worden ist

Vorschlag

Bemerkung:

Es sollten später Vorschriften gemäß der Bemerkung zu Artikel 21 Absatz 3 des Ersten Entwurfs ausgearbeitet werden.

Verfahren in dem Fall, daß die europäische Patentanmeldung auf verschiedene
Inhaber in verschiedenen Staaten übertragen worden ist

Vorschlag

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob es in dem oben-
genannten Fall nützlich oder erforderlich ist,
Ausführungsbestimmungen für die Vorschrift vor-
zusehen, nach der die Rechtsinhaber in den ver-
schiedenen Ländern für das Erteilungsverfahren
als gemeinsame Anmelder gelten.

Prüfung des Antrags auf Eintragung des Rechtsübergangs

Vorentwurf von 1964

Der Antrag auf Eintragung des Rechtsübergangs im europäischen Patentregister kann nur zurückgewiesen werden, wenn die in Artikel 25 Absätze 2 und 3 vorgesehenen Voraussetzungen nicht vorliegen. Jedoch kann das Europäische Patentamt die Rechtswirksamkeit des Rechtsübergangs prüfen und gegebenenfalls dem Beteiligten, der den Antrag auf Eintragung in das europäische Patentregister eingereicht hat, die Gründe der Unwirksamkeit des Rechtsübergangs mitteilen, die es festgestellt hat.

Zu Artikel 23
(früher Artikel 25)

Nummer 1

Prüfung des Antrags auf Eintragung des Rechtsübergangs

Vorschlag

+ ... Artikel 23 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens ...

Zu Artikel 29

Nummer 1

Eintragung und Löschung der Eintragung der Erteilung oder des Übergangs von Lizenzen

Vorentwurf von 1964

Die Vorschriften der Artikel ... (Nummer 3 zu Artikel 25 und Nummer 2 zu Artikel 26) finden auf die Eintragung und die Löschung der Eintragung der Erteilung oder des Übergangs einer Lizenz an einem europäischen Patent im europäischen Patentregister entsprechende Anwendung.

Nummer 1

Eintragung und Löschung der Eintragung der Erteilung oder des Übergangs von Lizenzen

Vorschlag

Die Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 23 und Nummer ... zu Artikel 24) sind auf die Eintragung und die Löschung der Eintragung der Erteilung oder des Übergangs einer Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung im europäischen Patentregister entsprechend anzuwenden.

Bemerkungen:

1. Die durch ... gekennzeichnete Nummer zu Artikel 24 entspricht der Nummer 2 zu Artikel 26 des Vorentwurfs von 1964, die folgenden Wortlaut hatte:

"Die Eintragung eines Pfandrechts im europäischen Patentregister kann nur auf Grund eines Antrags gelöscht werden, mit dem Urkunden vorgelegt werden, aus denen sich ergibt, daß das Pfandrecht nicht mehr besteht, oder eine Erklärung des Pfandgläubigers vorgelegt wird, daß er in die Löschung der Eintragung einwilligt. Der Antrag auf Löschung der Eintragung gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist."

Die Frage, ob im Übereinkommen Vorschriften über die Verpfändung einer europäischen Patentanmeldung vorgesehen werden sollen, ist noch ungeklärt. Sollte diese Frage verneint werden, so sollten die vorstehenden Bestimmungen unter Anpassung auf den Fall der Lizenz in diese Nummer einbezogen werden.

Vorschlag

2. Bei der späteren Prüfung der Frage, welche Vorschriften aus dem Übereinkommen in die Ausführungsordnung und welche Vorschriften aus der Ausführungsordnung in das Übereinkommen zu übernehmen sind, sollte berücksichtigt werden, daß die Gebühr für den Antrag auf Eintragung der Erteilung oder des Übergangs einer Lizenz im Ersten Vorwurf vorgesehen ist (Artikel 28 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 2 Satz 2), die Gebühr für den Antrag auf Löschung der Eintragung dieser Rechtsgeschäfte hingegen in der Ausführungsordnung (Nummer 1 zu Artikel 28 in Verbindung mit Nummer ... zu Artikel 24).

Besondere Angaben bei der Eintragung von Lizenzen

Vorentwurf von 1964

(1) Eine Lizenz an einem europäischen Patent wird im europäischen Patentregister als ausschließliche Lizenz bezeichnet, wenn der Patentinhaber und der Lizenznehmer dies beantragen.

(2) Eine Lizenz an einem europäischen Patent wird im europäischen Patentregister als Unterlizenz bezeichnet, wenn sie von einem Lizenznehmer erteilt wird, dessen Lizenz im europäischen Patentregister eingetragen ist.

Zu Artikel 28
(früher Artikel 29)

Nummer 2

Besondere Angaben bei der Eintragung von Lizenzen

Vorschlag

(1) Eine Lizenz an einer europäischen Patent-
anmeldung wird im europäischen Patentregister als
ausschließliche Lizenz bezeichnet, wenn der An-
melder und der Lizenznehmer dies beantragen.

(2) Eine Lizenz an einer europäischen Patent-
anmeldung wird im europäischen Patentregister als
Unterlizenz bezeichnet, wenn sie von einem Lizenz-
nehmer erteilt wird, dessen Lizenz im europäischen
Patentregister eingetragen ist.

Rechtliche Bedeutung der Übersetzung

Vorentwurf von 1964

(1) Für die Anwendung der Vorschriften des Abkommens und dieser Ausführungsordnung wird der ursprüngliche Text der europäischen Patentanmeldung durch die in Artikel 34 Absatz 2 des Abkommens genannte Übersetzung ersetzt, soweit es sich nicht um die Bestimmung des Umfangs des Schutzbegehrens handelt.

(2) Das Europäische Patentamt kann, sofern nicht der Gegenbeweis erbracht wird, für die Bestimmung des Umfangs des Schutzbegehrens davon ausgehen, daß die in Artikel 34 Absatz 2 des Abkommens genannte Übersetzung mit dem ursprünglichen Text der europäischen Patentanmeldung übereinstimmt.

Rechtliche Bedeutung und Frist für die Einreichung der Übersetzung der Anmeldung

Vorschlag

(1) +

Bemerkung:

(2) +

(3) Die in Artikel 34 Absatz 2 des Übereinkommens genannte Übersetzung ist innerhalb einer Frist von ... Monaten nach Einreichung der Anmeldung vorzulegen.

Die Frist betrug nach Artikel 34 Absatz 2 des Abkommensvorentwurfs von 1962 einen Monat, nach Artikel 34 Absatz 2 des Abkommensvorentwurfs von 1965 drei Monate und ist in Artikel 34 Absatz 2 des Ersten Vorentwurfs durch eine Verweisung auf die Ausführungsordnung ungeregelt geblieben.

Die Sanktion für den Fall verspäteter Vorlage der Übersetzung ist in Artikel 69 (früher Artikel 68c) des Ersten Vorentwurfs enthalten.

Zu Artikel 34

Nummer 1a

Gebührenermäßigung

Vorentwurf von 1964

Den in Artikel 34 Absatz 2 des Abkommens genannten Personen wird eine Ermäßigung der in den Artikeln ... des Abkommens vorgeschriebenen Gebühren, die von ihnen zu entrichten sind, in dem Umfang gewährt, in dem sie von der durch die Vorschriften des Artikels 34 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 2 eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen. Diese Ermäßigung wird in Höhe eines Prozentsatzes dieser Gebühren gewährt, der durch die Gebührenordnung zum Abkommen festgelegt wird.

Bemerkung:

Die Bestimmung der Artikel, bezüglich derer die obenerwähnte Gebührenermäßigung gewährt wird, bleibt einer späteren Prüfung vorbehalten. Der Prozentsatz dieser Ermäßigung wird erst gleichzeitig mit der Bestimmung der Höhe der Gebühren festgelegt.

Zu Artikel 34

Nummer 2

Gebührenermäßigung

Vorschlag

+

Bemerkung:

Siehe die nebenstehende Bemerkung zum
Vorentwurf von 1964.

BR/GT I/44d/70

Zu Artikel 34

Nummer 2

Anwendung der Verfahrenssprache

Vorentwurf von 1964

Vorbehaltlich anderweitiger Vorschriften dieser Ausführungsordnung ist die Verfahrenssprache insbesondere für die Bescheide und Entscheidungen des Europäischen Patentamts und für die Schriftstücke der Beteiligten sowie im mündlichen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt anzuwenden.

Zu Artikel 34

Nummer 3

Anwendung der Verfahrenssprache

Vorschlag

+

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob diese Bestimmung notwendig ist. Einerseits kann Artikel 34 Absatz 3 des Ersten Vorentwurfs deutlich genug erscheinen und andererseits sind die Ausnahmen von der Verfahrenssprache im schriftlichen und mündlichen Verfahren in den folgenden Bestimmungen dieses Entwurfs einer Ausführungsordnung genau bezeichnet.

Zu Artikel 34

Nummer 3

Ausnahmen von der Verfahrenssprache im schriftlichen Verfahren

Vorentwurf von 1964

(1) Die Beteiligten im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt mit Ausnahme des Anmelders oder Inhabers des europäischen Patents können Schriftstücke oder im Falle der Anwendung des Artikels 34 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens ihre Übersetzung außer in der Verfahrenssprache auch in einer der anderen in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen einreichen.

(2) Wird die in Artikel 34 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens sowie in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Übersetzung nicht rechtzeitig vorgelegt, so wird das Schriftstück nicht berücksichtigt.

Ausnahmen von der Verfahrenssprache im schriftlichen Verfahren

Vorschlag

(1) +

(2) Wird die in Artikel 34 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens sowie in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Übersetzung nicht innerhalb einer Frist von einem Monat nach Vorlage des Schriftstücks eingereicht, so wird das Schriftstück nicht berücksichtigt.

Bemerkungen:

1. Die Tatsache, daß in Absatz 1 die Bezugnahme auf den Inhaber des europäischen Patents beibehalten worden ist, beruht darauf, daß diese Bestimmung im Einspruchsverfahren nach Erteilung des Patents anzuwenden ist.
2. Artikel 34 Absatz 3 Satz 2 des Ersten Vorentwurfs regelt die Übersetzung von Schriftstücken in dänisch, spanisch, griechisch, irisch, italienisch, niederländisch, norwegisch, portugiesisch, schwedisch und türkisch in die Verfahrenssprache deutsch, englisch oder französisch und gilt zu Gunsten aller Beteiligten unter Einschluß des Patentanmelders oder -inhabers, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten bzw. die die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten haben, in denen eine andere Amtssprache als deutsch, englisch oder französisch verwendet wird. Absatz 1 der vorliegenden Nummer in Verbindung mit Artikel 34 Absatz 3 Satz 2 des Ersten Vorentwurfs regelt die Übersetzung der in den vorstehenden zehn Sprachen abgefaßten Schriftstücke in eine der beiden anderen vom Europäischen Patentamt verwendeten Sprachen, die nicht die Verfahrenssprache ist, und gilt zugunsten der Beteiligten unter Ausschluß des Patentanmelders oder -inhabers, die die vorstehenden Voraussetzungen hinsichtlich Sitz, Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit erfüllen.
3. Die in Absatz 2 dieser Nummer vorgeschlagene Frist von einem Monat war bereits in Artikel 34 Absatz 3 der Abkommensvorentwürfe von 1962/1965 vorgesehen, während die entsprechende Vorschrift des Ersten Vorentwurfs bezüglich der Bestimmung der Frist auf die Ausführungsordnung verweist.

Vorentwurf von 1964

(3) Urkunden, die als Beweismittel vor dem Europäischen Patentamt verwendet werden, insbesondere Veröffentlichungen, können in jeder Sprache vorgelegt werden. Das Europäische Patentamt kann jedoch verlangen, daß innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist eine Übersetzung in eine der in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen und gegebenenfalls eine amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung mit dem Urtext vorgelegt werden. Wird die Übersetzung oder die amtliche Beglaubigung nicht rechtzeitig vorgelegt, so wird die Urkunde nicht berücksichtigt.

(4) Einwendungen gemäß Artikel 92 des Abkommens, die in einer anderen als den in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen abgefaßt sind, können vom Europäischen Patentamt berücksichtigt werden.

Vorschlag

(3) +

(4) + ... Artikel 87 ...

Zu Artikel 34

Nummer 4

Ausnahmen von der Verfahrenssprache im mündlichen Verfahren

Vorentwurf von 1964

(1) Jeder Beteiligte kann sich bei einer Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweiserhebung vor dem Europäischen Patentamt anstelle der Verfahrenssprache einer der anderen in Artikel 34 Absatz 1 und 2 des Abkommens genannten Sprachen bedienen, sofern er dies entweder dem Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor dem angesetzten Termin mitgeteilt hat oder selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt. Kann jedoch das Europäische Patentamt die Übersetzung aus einer der in Artikel 34 Absatz 2 des Abkommens genannten Sprachen nicht übernehmen, so unterrichtet es den betreffenden Beteiligten, der dann, wenn er sich dieser Sprache bedienen will, für die Übersetzung zu sorgen hat.

(2) Die Beamten des Europäischen Patentamts können sich bei einer Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweiserhebung vor dem Europäischen Patentamt anstelle der Verfahrenssprache einer der anderen in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen bedienen.

Zu Artikel 34

Nummer 5

Ausnahmen von der Verfahrenssprache im mündlichen Verfahren

Vorschlag

(1) Jeder Beteiligte kann sich bei einer Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme vor dem Europäischen Patentamt anstelle der Verfahrenssprache einer der anderen in Artikel 34 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Sprachen bedienen, sofern er dies entweder dem Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor dem angesetzten Termin mitgeteilt hat oder selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt. In diesen Verfahren kann sich auch jeder Beteiligte einer der in Artikel 34 Absatz 2 des Übereinkommens genannten Sprachen bedienen, sofern er selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt. Von den Vorschriften dieses Absatzes kann das Europäische Patentamt Ausnahmen zulassen.

(2) +

Bemerkungen:

1. Absatz 1 weist gegenüber dem entsprechenden Absatz des Vorentwurfs von 1964 mit Ausnahme des letzten Satzes nur redaktionelle Änderungen auf.
2. Es sollte geprüft werden, ob vorgesehen werden soll, daß von dem in Absatz 2 bestimmten Recht nur mit Zustimmung der Beteiligten Gebrauch gemacht werden kann.

Vorentwurf von 1964

(3) Die Zeugen und Sachverständigen können ihre Erklärungen in einer der in Artikel 34 Absatz 1 und 2 des Abkommens genannten Sprachen abgeben. Erklären sie jedoch, daß sie sich in diesen Sprachen nicht hinlänglich ausdrücken können, so kann ihnen das Europäische Patentamt gestatten, ihre Erklärungen in einer anderen Sprache abzugeben. Das Europäische Patentamt veranlaßt die Übersetzung in die Verfahrenssprache und trägt, falls die Beweiserhebung von Amts wegen erfolgt, die Kosten der Übersetzung.

(5) Das Europäische Patentamt kann auf gemeinsamen Antrag aller Beteiligten zulassen, daß eine Anhörung, mündliche Verhandlung oder Beweiserhebung in einer anderen als der Verfahrenssprache durchgeführt wird.

(4) Vorbehaltlich der Vorschriften des Absatzes 1 dieses Artikels übernimmt das Europäische Patentamt, soweit erforderlich, die Übersetzung in die in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen.

Vorschlag

(3) Können sich die Zeugen und Sachverständigen in einer der in Artikel 34 Absatz 1 und 2 des Übereinkommens genannten Sprachen nicht hinlänglich ausdrücken, so können sie sich einer anderen Sprache bedienen. Ist die Beweisaufnahme auf Antrag eines Beteiligten angeordnet worden, so werden die Zeugen und Sachverständigen mit Erklärungen, die sie in anderen als den in Artikel 34 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Sprachen abgeben, nur gehört, sofern der Beteiligte selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt; das Europäische Patentamt kann jedoch die Übersetzung in eine der anderen in Artikel 34 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Sprachen zulassen.

Bemerkung:

(4) +

3. Es sollte geprüft werden, ob anstelle des in Absatz 4 vorgesehenen gemeinsamen Antrags aller Beteiligten deren Zustimmung vorgesehen werden sollte.

(5) Das Europäische Patentamt übernimmt auf seine Kosten die gemäß den vorstehenden Absätzen erforderlichen Übersetzungen, für die ein Beteiligter nicht selbst zu sorgen hat.

Vorentwurf von 1964

(6) Erklärungen der Beamten des Europäischen Patentamts und der Beteiligten bei einer Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweiserhebung, die in einer der in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprache abgegeben werden, werden in dieser Sprache in die Niederschrift aufgenommen. Erklärungen in einer anderen Sprache werden in der Verfahrenssprache aufgenommen. Änderungen des Textes der Beschreibung und der Ansprüche der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents werden in die Niederschrift in der Verfahrenssprache aufgenommen.

Vorschlag

(6) Erklärungen der Beamten des Europäischen Patentamts, der Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen bei einer Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme, die in einer der in Artikel 34 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Sprache abgegeben werden, werden in dieser Sprache in die Niederschrift aufgenommen. Erklärungen in einer anderen Sprache werden in der Verfahrenssprache aufgenommen. Änderungen des Textes der Beschreibung und der Ansprüche der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents werden in die Niederschrift in der Verfahrenssprache aufgenommen.

Bemerkung:

4. Es sollte geprüft werden, ob in der Ausführungsordnung Vorschriften vorgesehen werden sollen, die sicherstellen, daß der Übersetzer, der von einem Beteiligten besorgt worden ist, die notwendige sprachliche Qualifikation besitzt und unparteiisch übersetzt.

Zu Artikel 34

Nummer 5

Änderung der Verfahrenssprache

Vorentwurf von 1964

(1) Auf Antrag des Anmelders oder Inhabers eines europäischen Patents kann das Europäische Patentamt nach Anhörung der übrigen Beteiligten statt der bisherigen Verfahrenssprache eine der anderen in Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens genannten Sprachen als neue Verfahrenssprache zulassen.

(2) Änderungen des Textes der Beschreibung und der Ansprüche der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents müssen in der ursprünglichen Verfahrenssprache eingereicht werden.

Zu Artikel 34

Nummer 6

Änderung der Verfahrenssprache

Vorschlag

(1) +

(2) +

Zu Artikel 34

Nummer 6

Sprache der Zusatzpatentanmeldungen

Vorentwurf von 1964

(1) Zusatzpatentanmeldungen oder im Falle des Artikels 34 Absatz 2 des Abkommens ihre Übersetzung müssen in der ursprünglichen Verfahrenssprache des Hauptpatents eingereicht werden.

(2) Entspricht eine Zusatzpatentanmeldung nicht den Vorschriften des Absatzes 1, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Patentanmelder mit. Wird eine Übersetzung in die ursprüngliche Verfahrenssprache des Hauptpatents nicht innerhalb einer Frist von einem Monat, vom Tag dieser Mitteilung an gerechnet, eingereicht, so wird die Zusatzpatentanmeldung zurückgewiesen. Die Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 34) finden auf die in der ursprünglichen Verfahrenssprache des Hauptpatents eingereichte Übersetzung entsprechende Anwendung.

Bemerkung:

Anlässlich der Abfassung des Absatzes 2 dieses Artikels hat der Redaktionsausschuß festgestellt, daß diese Vorschrift, die einem mehr theoretischen Fall Rechnung tragen will, geeignet ist, zu Schwierigkeiten in der Anwendung zu führen. Aus diesem Grunde schlägt der Redaktionsausschuß ihre Streichung vor.

Zu Artikel 34

Nummer 7

Sprache der Zusatzpatentanmeldungen

Vorschlag

(1) +

(2) Gestrichen entsprechend der Bemerkung
im Vorentwurf von 1964

Zu Artikel 34

Nummer 7

Sprache bei der Teilung europäischer Patentanmeldungen

Vorentwurf von 1964

Auf Teilanmeldungen gemäß Artikel 80 Absatz 4
des Abkommens finden die Vorschriften des Artikels ...
(Nummer 6 zu Artikel 34) Absatz 1 über Zusatzpatent-
anmeldungen entsprechende Anwendung.

Sprache bei der Teilung europäischer Patentanmeldungen

Vorschlag

Auf Teilanmeldungen gemäß Artikel 81 Absatz 4
und 94 Absatz 2 des Übereinkommens ist Artikel ...
(Nummer 7 zu Artikel 34) entsprechend anzuwenden.

Zu Artikel 34

Nummer 8

Sprache bei der Teilung europäischer Patente

Vorentwurf von 1964

Die Unterlagen der durch die Teilung gemäß Artikel 98 des Abkommens entstehenden weiteren vorläufigen europäischen Patente müssen in der ursprünglichen Verfahrenssprache des vorläufigen europäischen Patents abgefaßt werden, das Gegenstand der Teilung ist.

Zu Artikel 34

Nummer 9

Sprache bei der Teilung europäischer Patente

Vorschlag

Bemerkung:

Ein Vorschlag für diese Nummer muß zurückgestellt bleiben, bis geklärt ist, ob im Rahmen des nachträglichen Einspruchsverfahrens eine Teilung des europäischen Patents vorgesehen werden soll.

Zu Artikel 54

Nummer 1

Bestimmung des Geschäftskreises der Organe im Verfahren

Vorentwurf von 1964

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt die Zahl der in Artikel 54 des Abkommens vorgesehenen Organe und legt für jedes dieser Organe in Anwendung der in Artikel 62 des Abkommens vorgesehenen Patentklassifikation den Geschäftskreis fest.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann den Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen und Patentverwaltungsabteilungen über die Zuständigkeit hinaus, die ihnen durch das Abkommen und diese Ausführungsordnung zugewiesen ist, Verwaltungsaufgaben übertragen.

Zu Artikel 53
(früher Artikel 54)

Nummer 1

Geschäftsverteilung unter den Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen

Vorschlag

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt die Zahl der in Artikel 53 Buchstaben a und b des Übereinkommens vorgesehenen Organe und verteilt die Geschäfte unter die Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen in Anwendung der in Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 1) vorgesehenen Patentklassifikation.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann den Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen über die Zuständigkeit hinaus, die ihnen durch das Übereinkommen und diese Ausführungsordnung zugewiesen ist, Verwaltungsaufgaben übertragen.

Bemerkung:

Die Zuständigkeit für die Geschäftsverteilung unter den Beschwerdekammern liegt nach Absatz 1 abweichend vom Vorentwurf von 1964 nicht mehr beim Präsidenten des Europäischen Patentamts. Diese Geschäftsverteilung ist in der folgenden Nummer 2 geregelt.

Zu Artikel 53
(früher Artikel 54)

Nummer 2 (neu)

Geschäftsverteilung unter den Beschwerdekammern

Vorschlag

(1) Vor Beginn jedes Geschäftsjahres werden auf seine Dauer die Geschäfte unter die Beschwerdekammern verteilt und die ständigen Mitglieder der einzelnen Beschwerdekammern bestimmt. Jedes Mitglied einer Beschwerdekammer kann zum Mitglied mehrerer Beschwerdekammern bestimmt werden. Diese Anordnungen können im Laufe des Geschäftsjahres nur geändert werden, wenn es unbedingt notwendig ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen trifft das Präsidium. Das Präsidium wird durch den Präsidenten des Europäischen Patentamts als Vorsitzenden, einen Vizepräsidenten des Europäischen Patentamts, die Vorsitzenden der Beschwerdekammern und drei Mitglieder der Beschwerdekammern gebildet, die von der Gesamtheit der Mitglieder der Beschwerdekammern für die Dauer des Geschäftsjahres gewählt werden. Das Präsidium entscheidet nach Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

(3) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren Beschwerdekammern über ihre Zuständigkeit entscheidet das Präsidium.

Bemerkungen:

1. Der Vorschlag, die Geschäftsverteilung unter den Beschwerdekammern nicht von dem Präsidenten des Europäischen Patentamts, sondern von einem besonderen Organ vornehmen zu lassen, soll einer von der Konferenz geäußerten Anregung Rechnung tragen, die Gerichtsähnlichkeit der Beschwerdekammern zu verstärken (vgl. 2. Tagungsbericht Nr. 24).
2. Es sollte geprüft werden, ob dieser Artikel durch folgende Angaben ergänzt werden sollte:
 - a) die Merkmale, nach denen die Geschäftsverteilung gemäß Absatz 1 vorgenommen wird (zum Beispiel unter Bezugnahme auf die in Nummer 1 zu Artikel 1 vorgesehene Patentklassifikation);
 - b) die Person, die die Geschäfte den verschiedenen Beschwerdekammern zuweisen soll (zum Beispiel der für die Beschwerdekammern zuständige Vizepräsident).

Zu Artikel 54

Nummer 1a

Auszeichnung der europäischen Patentanmeldungen

Vorentwurf von 1964

Der Präsident des Europäischen Patentamts entscheidet in Anwendung der in Artikel 62 des Abkommens vorgesehenen Patentklassifikation über die Zugehörigkeit der europäischen Patentanmeldungen und europäischen Patente zu den Patentklassen.

Zu Artikel 53
(früher Artikel 54)

Nummer 3

Auszeichnung der europäischen Patentanmeldungen

Vorschlag

Der Präsident der Europäischen Patentamts entscheidet in Anwendung der in Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 1) vorgesehenen Patentklassifikation über die Zugehörigkeit der europäischen Patentanmeldungen und europäischen Patente zu den Patentklassen.

Zu Artikel 54

Nummer 2

Verwaltungsmäßige Gliederung des Europäischen Patentamts

Vorentwurf von 1964

(1) Die Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen werden verwaltungsmäßig zu Hauptabteilungen zusammengefaßt, deren Zahl vom Präsidenten des Europäischen Patentamts festgelegt wird.

(2) Die Hauptabteilungen, die Patentverwaltungsabteilungen, die Beschwerdekammern, die Nichtigkeitskammern und die Dienststellen für die innere Verwaltung des Europäischen Patentamts werden verwaltungsmäßig zu Generaldirektionen zusammengefaßt.

(3) Jeder Vizepräsident des Europäischen Patentamts ist Leiter einer Generaldirektion. Der /Verwaltungsrat/ entscheidet nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts über die Zuweisung der Vizepräsidenten an die Generaldirektionen.

Zu Artikel 53
(früher Artikel 54)

Nummer 4

Verwaltungsmäßige Gliederung des Europäischen Patentamts

Vorschlag

(1) Die Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen werden verwaltungsmäßig zu Patentabteilungen zusammengefaßt, deren Zahl vom Präsidenten des Europäischen Patentamts festgelegt wird.

Bemerkung:

(2) Die Patentabteilungen, die Beschwerdekammern, die Große Beschwerdekammer und die Dienststellen für die innere Verwaltung des Europäischen Patentamts werden verwaltungsmäßig zu Generaldirektionen zusammengefaßt.

(3) Jede Generaldirektion wird von einem Vizepräsidenten geleitet. Der Verwaltungsrat entscheidet nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts über die Zuweisung der Vizepräsidenten an die Generaldirektionen.

Die Änderung des Absatzes 3 Satz 1 könnte es ermöglichen, daß ein Vizepräsident nicht mit einer Generaldirektion, sondern nur mit der Vertretung des Präsidenten des Europäischen Patentamts betraut wird.

Zu Artikel 55

Nummer 1

Besondere Prüfungsstelle für die Kostenfestsetzung

Vorentwurf von 1964

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß eine Prüfungsstelle ausschließlich für die Festsetzung der Kosten des Verfahrens gemäß Artikel 164 Absatz 4 und Artikel 165 Absatz 3 des Abkommens zuständig ist.

(2) Die Vorschrift des Artikels 55 Absatz 2 des Abkommens findet auf die in Absatz 1 genannte Prüfungsstelle keine Anwendung.

71

Zu Artikel 54
(früher Artikel 55)

Nummer 1

Besondere Prüfungsstelle für die Kostenfestsetzung

Vorschlag

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß eine Prüfungsstelle ausschließlich für die Festsetzung der Kosten des Verfahrens gemäß Artikel ... des Übereinkommens zuständig ist.

(2) Artikel 54 Absatz 2 des Übereinkommens ist auf die in Absatz 1 genannte Prüfungsstelle nicht anzuwenden.

Bemerkung:

Die Prüfung dieses Artikels könnte zurückgestellt werden, da die Artikel des Ersten Vorwurfs, auf die zu verweisen ist, von der Arbeitsgruppe I noch nicht ausgearbeitet worden sind.

Zu Artikel 60

Nummer 1

Eintragungen in das europäische Patentregister

Vorentwurf von 1964

(1) Das europäische Patentregister ist zum Zwecke der öffentlichen Einsichtnahme so einzurichten, daß es eine vollständige Übersicht über jede europäische Patentanmeldung und gegebenenfalls über das vorläufige europäische Patent und das endgültige europäische Patent gibt, das aus der Anmeldung hervorgeht.

(2) Im europäischen Patentregister müssen folgende Angaben vermerkt werden:

- a) Nummer der europäischen Patentanmeldung;
- b) Tag der Einreichung der europäischen Patentanmeldung;
- c) Bezeichnung der Erfindung;
- d) Symbole der Klassifikation der europäischen Patentanmeldung;

Zu Artikel 59
(früher Artikel 60)

Nummer 1

Eintragungen in das europäische Patentregister

Vorschlag

(1) Das europäische Patentregister ist zum Zwecke der öffentlichen Einsichtnahme so einzurichten, daß es eine vollständige Übersicht gibt über jede veröffentlichte europäische Patentanmeldung sowie über jedes aus der Anmeldung hervorgegangene Patent während der Einspruchsfrist und gegebenenfalls bis zum Abschluß des Einspruchsverfahrens.

Bemerkung:

1. Inwieweit Angaben über das europäische Patent während der Einspruchsfrist oder der Dauer des Einspruchsverfahrens (Wechsel des Inhabers des europäischen Patents oder Erlöschen desselben in einem Vertragsstaat) im europäischen Patentregister vermerkt werden können, hängt davon ab, ob im Übereinkommen noch Vorschriften vorgesehen werden, nach denen die Vertragsstaaten verpflichtet sind, Änderungen des Inhabers des Patents und das Erlöschen des Patents dem Europäischen Patentamt mitzuteilen (vgl. Bemerkungen zu Artikel 23 und 101 - 106 des Übereinkommens).

(2) Im europäischen Patentregister müssen folgende Angaben vermerkt werden:

- a) +
- b) +
- c) +
- d) +

Vorentwurf von 1964

- e) Name, Vornamen und Wohnsitz oder Bezeichnung, Rechtsform und Sitz des Anmelders oder Inhabers des europäischen Patents;
- f) Name, Vornamen und Wohnsitz des genannten Erfinders;
- g) Name, Vornamen und Geschäftssitz des in Artikel 172 des Abkommens genannten Vertreters des Anmelders oder Inhabers des europäischen Patents;
- h) Prioritätsangaben;
- h₁) im Falle der Teilung der Anmeldung die Nummern der europäischen Patentanmeldungen;
- i) bei europäischen Zusatzpatentanmeldungen die unter a) und b) vorgesehenen Angaben für die Anmeldung des europäischen Hauptpatents;
- j) bei europäischen Teilpatentanmeldungen die unter a) und b) vorgesehenen Angaben für die ursprüngliche europäische Patentanmeldung;
- k) Angaben über die Teilung eines vorläufigen europäischen Patents;
- l) im Falle des Artikels 16 Absatz 3 des Abkommens die unter b) vorgesehenen Angaben für die ursprüngliche Patentanmeldung;
- m) Im Falle des Artikels 24 Absätze 4 und 5 des Abkommens die Umwandlung einer europäischen Zusatzpatentanmeldung oder eines europäischen Zusatzpatents in eine selbständige europäische Patentanmeldung oder ein selbständiges europäisches Patent;

Vorschlag

- e) Name, Vornamen und Wohnsitz oder amtliche Bezeichnung und Sitz des Anmelders oder Inhabers des europäischen Patents;
- f) +
- g) Name, Vornamen und Geschäftssitz des in Artikel ... des Übereinkommens genannten Vertreters des Anmelders oder Inhabers des europäischen Patents;
- h) +
- h₁) +
- i) +
- j) bei Teilanmeldungen die unter den Buchstaben a, b und h vorgesehenen Angaben für die ursprüngliche europäische Patentanmeldung;
- k) entfällt;
- l) im Falle des Artikels 16 des Übereinkommens die unter den Buchstaben b und h vorgesehenen Angaben für die frühere europäische Patentanmeldung;
- m) im Falle des Artikels 21 Absatz 7 des Übereinkommens die Umwandlung einer europäischen Zusatzpatentanmeldung in eine selbständige europäische Patentanmeldung.

Bemerkung:

2. Absatz 2 Buchstabe e ist der Regel 4.4 Buchstabe b der Verfahrensregelung zum PCT-Vertrag angeglichen worden.

Vorentwurf von 1964

- n) Tag der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents;
- o) Tag der Bekanntmachung der Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents;
- p) Tag der Einreichung eines Antrags auf Prüfung oder eines Anschlußantrags;
- q) Tag der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent;
- r) Tag der Bekanntmachung der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent;
- s) Tag der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung und der Aufhebung, des Erlöschens oder der Erklärung der Nichtigkeit des europäischen Patents;
- t) Rechte an der europäischen Patentanmeldung oder am europäischen Patent und Rechte an diesen Rechten, soweit ihre Eintragung in Anwendung des Abkommens vorgenommen wird.

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß in das europäische Patentregister andere als die in Absatz 2 vorgesehenen Angaben eingetragen werden.

Bemerkung:

Die in Klammern gesetzten Eintragungen müssen später erneut überprüft werden.

Vorschlag

- m₁) (neu) im Falle des Artikels 88 Absatz 4 des Übereinkommens die Feststellung, daß die Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen Patents gilt;
- n) entfällt;
- o) Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung;
- p) Tag der Einreichung eines Antrags auf Prüfung;
- q) Tag der Erteilung des europäischen Patents;
- r) Tag der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents;
- s) Tag, an dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt;
- s₁) (neu) Tag des Erlöschens des europäischen Patents in einem der Vertragsstaaten während der Einspruchsfrist und gegebenenfalls bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Einspruch;
- s₂) (neu) Tag der Einreichung des Einspruchs;
- s₃) (neu) Tag und Art der Entscheidung über den Einspruch;
- t) +

(3) +

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Vertragsstaaten

Vorentwurf von 1964

Bei Mitteilungen, die sich aus der Anwendung der Vorschriften des Abkommens und dieser Ausführungsordnung ergeben, verkehren das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten miteinander unmittelbar. Das Europäische Patentamt und die Gerichte sowie die übrigen Behörden der Vertragsstaaten können miteinander durch Vermittlung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz verkehren.

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 1

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Vertragsstaaten

Vorschlag

+

Zu Artikel 64

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten

Vorentwurf von 1964

(1) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten können in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, Dritten Einsicht in die vom Europäischen Patentamt übermittelten Akten europäischer Patentanmeldungen oder europäischer Patente gewähren. Die Akteneinsicht wird nach Maßgabe der Vorschriften des Artikels 162 des Abkommens gewährt; Artikel 162 Absatz 3 des Abkommens findet jedoch keine Anwendung.

(2) Das Europäische Patentamt weist die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten bei der Übermittlung der Akten auf die Beschränkungen hin, denen die Gewährung der Einsicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents an Dritte in Anwendung des Artikels 162 Absätze 1 und 2 des Abkommens unterworfen ist.

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten

Vorschlag

(1) +

... Artikel ... des Übereinkommens
... Artikel ... des Übereinkommens

Bemerkung:

Der Artikel des Übereinkommens, in dem die Akteneinsicht behandelt wird, ist von der Arbeitsgruppe I noch nicht ausgearbeitet worden.

(2) +

... Artikel ... des Übereinkommens

Zu Artikel 64

Nummer 3

Kosten im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den
Behörden der Vertragsstaaten

Vorentwurf von 1964

Die Kosten, die durch Mitteilungen entstehen, die in Anwendung des Artikels 64 des Abkommens im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz, den Gerichten oder den anderen Behörden der Vertragsstaaten entstehen, fallen der Behörde zur Last, die die Mitteilung gemacht hat.

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 3

Kosten im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den
Behörden der Vertragsstaaten

Vorschlag

+ ... Artikel 62 ...

Zu Artikel 65

Nummer 1 .

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

Vorentwurf von 1964

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt die nationale Behörde, der das Europäische Patentamt das Ersuchen um Rechtshilfe zu übermitteln hat, und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 das weitere Verfahren, das bei der Durchführung des Ersuchens um Rechtshilfe anzuwenden ist.

(2) Das Europäische Patentamt faßt Rechtshilfeersuchen in der Sprache des ersuchten Gerichts ab oder fügt den Rechtshilfeersuchen eine Übersetzung in diese Sprache bei.

(3) Die Vorschriften der Artikel 11 bis 14 und 16 des am 1. März 1954 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommens über den Zivilprozeß finden entsprechende Anwendung

Bemerkung:

Die Vertreter der Justizministerien sollten auf diese Vorschrift besonders hingewiesen werden.

85

Zu Artikel 63
(früher Artikel 65)

Nummer 1

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

Vorschlag

(1) +

Bemerkungen:

(2) +

(3) Artikel 11 bis 14 und 16 des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß vom 1. März 1954 sind entsprechend anzuwenden.

1. Das in Absatz 3 genannte Übereinkommen ist am 1. März 1954 nicht von allen Staaten der Regierungskonferenz unterzeichnet worden.
2. Siehe die Bemerkung bei Nummer 1 zu Artikel 65 des Vorentwurfs von 1964.

